

Gegen revisionistische Tendenzen in der Pädagogik

Seit längerer Zeit wird in der pädagogischen Fachpresse unserer Republik eine Diskussion geführt, bei der es im Grunde um eine wissenschaftlich richtige und umfassende Beantwortung der Frage geht, wie die Erziehung und Bildung der jungen Generation besser als bisher den politischen und ökonomischen Erfordernissen unseres Kampfes um den Sieg des Sozialismus in Deutschland gerecht werden kann. In dieser im ganzen nützlichen und wertvollen Diskussion zeichnen sich immer deutlicher einige Tendenzen ab, die darauf hinauslaufen, die schulpolitische Grundlinie unserer Partei zu revidieren.

In einer ganzen Reihe von Artikeln, die die Zeitschrift „Pädagogik“ veröffentlicht, werden offene oder versteckte Angriffe gegen zwei Haupttendenzrichtungen unserer demokratischen Schulreform unternommen: gegen die umfassende und wissenschaftliche Allgemeinbildung für alle Kinder und gegen die Einheitlichkeit unseres Schulbaus.

Individualbildung statt Allgemeinbildung?

Diese Angriffe beginnen mit verschiedenartigen Einwänden gegen die bisher in unserer Republik als richtig geltende Auffassung von den grundsätzlichen Aufgaben der Allgemeinbildung. Genosse Tebbe (Heft 3/37) geht beispielsweise aus von der bekannten Überbelastung unserer Lehrpläne mit Wissenstoff, von ihrem teilweise unphysiologischen Aufbau sowie von der einseitigen Beanspruchung des Gedächtnisses der Schüler im Unterricht der allgemeinbildenden Schulen und folgert aus diesen Mängeln, an deren Beseitigung bekanntlich bereits mit Erfolg gearbeitet wird, wir hätten mit unserer Allgemeinbildung offenbar „zu hoch hinaus“ gewollt. Nach seiner Meinung beschränkt sich das, was jeder Grundschulabgänger „unbedingt mitbringen“ muß, auf drei Fertigkeiten: Sicherheit im Gebrauch der Muttersprache, Vertrautheit im Umgang mit Zahlen und Zuverlässigkeit in der Arbeit. Was darüber hinausgeht, betrachtet er als willkommene Zugabe; den obligatorischen Russischunterricht in der Grundschule lehnt er jedoch ganz ausdrücklich ab.

Genosse Mader (Heft 5/57) vertritt die Auffassung, es komme in der sozialistischen Gesellschaft nicht darauf an, allen Jugendlichen das gleiche Wissen zu vermitteln, sondern den einzelnen Persönlichkeiten eine optimale Ausbildung zu garantieren. Demgemäß bestehe die Aufgabe der allgemeinbildenden Schulen „nicht darin, einen Menschentyp mit „uniformierten“ Wissen und anderen vereinheitlichten Qualitäten hervorzubringen, sondern Menschen herauszubilden, die wohl über einige wichtige, allen gemeinsame elementare Qualitäten verfügen, sich im übrigen aber durch eine optimale Entwicklung ihrer speziellen Anlagen und Fähigkeiten auszeichnen“.

Halten wir gegen diese Ausdehnung des Genossen Mader den Standpunkt der kleinbürgerlich-scheinradikalen Individualpädagogin Ellen Key aus dem Jahre 1900:

„Nur das Unentbehrliche soll die obligatorische Grundlage der weiteren Bildung sein... Ist diese Grundlage einmal vorhanden, dann wird die Schule der Zukunft, die die Schule für alle ist, die allgemeine Bildung fortsetzen, aber nach einem jedem Individuum angepaßten Plan.“

Es ergibt sich, daß sich Genosse Mader mit seinen Vorschlägen zur Verbesserung unseres sozialistischen Bildungswesens — wenn auch ganz unbeabsichtigt — in bedenklicher Übereinstimmung mit jener Strömung der bürgerlichen Reformpädagogik befindet, die die Allgemeinbildung durch Individualbildung ersetzen will.

Undemokratische Konsequenzen

Ähnlich wie Mader geht auch Gen. Prof. Becker (Hefte 9 und 10/57) einseitig vom Standpunkt der Persönlichkeitsentfaltung an das Problem der Allgemeinbildung heran. Er fordert unter anderem, die materiale Seite (das heißt das Bildungsgut) nach den Forderungen der formalen Seite (das heißt der Persönlichkeitsentfaltung) zu bemessen. So richtig es gegenüber gewissen schädlichen Praktiken der jüngsten Vergangenheit ist, die erzieherischen, persönlichkeitsfördernden Aufgaben des Bildungsprozesses hervorzubehalten, so abwegig muß es doch bleiben, die Aufgabe der allgemeinbildenden Schule nur in der Persönlichkeitsentfaltung zu suchen. Um den Anforderungen unseres sozialistischen Aufbaus gewachsen zu sein und sich eine wissenschaftliche sozialistische Weltanschauung zu erwerben, müssen unsere Schulabgänger nicht nur bestimmte persönliche Qualitäten, sondern auch umfassende und gründliche Kenntnisse aufweisen, die nicht nur Mittel, sondern auch Zweck der Bildung sind. Nicht umsonst forderte Lenin die Delegierten des III. Kommunistenkongresses 1920 nicht nur auf, gewisse Fähigkeiten und Eigenschaften zu erwerben, sondern auch, „sich jene Summe von Kennt-

wissen zu eigen zu machen, deren Ergebnis der Kommunismus selbst ist“. Bei Hans Herbert Becker wird jedoch die klare marxistische Forderung nach allseitig gebildeten Persönlichkeiten durch die weit verschwommene und dehnbarere nach allseitig aufgeschlossenen und entwicklungsfähigen ersetzt, die mit einer Senkung des Wissensniveaus in den allgemeinbildenden Schulen weit besser zu vereinbaren ist.

Von

Werner Gerbeth
Dr. Stratis Tsiradisdis
Dr. Gottfried Uhlig

Wenn man die Notwendigkeit bezweifelt, allen Kindern des Volkes ein im wesentlichen gleiches und sehr hohes Maß an Allgemeinbildung zu vermitteln und statt dessen das Augenmerk auf die Ausbildung der individuellen Persönlichkeit richtet, kommt man leicht zu der Schlussfolgerung die achtjährige oder gar zehnjährige gemeinsame Grundschule sei unzweckmäßig. So unterbreitet denn auch die Gen. Tebbe und Prof. Becker sowie Kurt Fritz Bergleiter (Heft 7/1957) in der „Pädagogik“ den Vorschlag, die gemeinsame Grundschule auf sechs Jahre zu beschränken und ab Klasse 7 die Oberschule neben die Grund- und Mittelschule zu stellen. Sie stützen sich dabei vor allem auf das Argument, daß durch eine solche Trennung die befähigten Schüler rascher voranschreiten könnten und das Bildungsniveau der Oberschule beträchtlich gehoben würde, während gleichzeitig die Erziehungsarbeit an dieser Schulgestaltung zeitlich verlängert und dadurch intensiviert werde. Das mag alles stimmen. Aber mit welchem Recht wollen sie für die Klassen 7 bis 10 eine Allgemeinbildung ersten Grades für Befähigte und eine andere zweiten Grades für weniger Befähigte einführen und dadurch in unserem Schulwesen eine Schicht Privilegierter und eine Masse Nicht-Privilegierter schaffen? Mit welchem Recht wollen sie die wissenschaftliche Grundlage für die Weltanschauung bei den einen geringer bemessen als bei den anderen? Mit welchem Recht wollen sie durch die Verkürzung der gemeinsamen Schule denen, die nicht die Oberschule besuchen, den späteren Übergang zur Hochschule erschweren? Welche politische Rechtfertigung können sie anföhren, wenn sie in einem Moment gegen die achtjährige Grundschule auftreten, in dem die fortschrittlichen Kräfte der Bundesrepublik in einem schweren Kampf mit den Kräften der Reaktion stehen, die eine generelle Verkürzung der gemeinsamen Grundschule auf vier Jahre durchzusetzen versucht?

Kein Begabungsunterschied a priori

Gen. Prof. Becker macht noch einen zweiten Gesichtspunkt geltend. Durch die „gleichartigen Anforderungen“ der „völlig undifferenzierten achtjährigen Grundschule“ seien viele Schüler überfordert worden, so daß sie die Klassenziele nicht erreichten. Mit dieser Behauptung können wir uns nicht einverstanden erklären. In den vergangenen Jahren mangelte es vielen unserer Lehrer an dem nötigen didaktisch-methodischen Können und an soliden psychologischen Kenntnissen; die Lehrpläne verlangten eine Fülle komplizierter und häufig überflüssiger Einzeltatsachen, durch die das Gedächtnis der Kinder übermäßig beansprucht wurde. Das alles trug maßgeblich zum Zurückbleiben mancher Schüler bei. Außerdem verufen wir kein Geheimnis, wenn wir darauf hinweisen, daß auch in unserer Republik trotz der großzügigen Förderung der Arbeiter- und Bauernkinder noch immer genügend soziale Ursachen für mangelhafte Schülerleistungen vorhanden sind, so zum Beispiel zerrüttete Familienverhältnisse oder Wohnraum-schwierigkeiten. All diese Ursachen für das Zurückbleiben sind zeitweilige. Nach das Sitzenbleiben sind zeitweilige. Nach dem Sitzenbleiben sind zeitweilige. Nach dem Sitzenbleiben sind zeitweilige. Nach dem Sitzenbleiben sind zeitweilige.

In der Weimarer Republik standen sich zwei grundsätzlich verschiedene Auffassungen von der Einheitsschule gegenüber: die proletarische und die bürgerlich-reformistische. Die proletarische kam zum Ausdruck in der kommunistischen Forderung nach der weltlichen Einheits- und Produktionsschule. Sie bedeutete — wie durch den historischen Erlaß der Sowjetregierung vom 16. Okto-

ber 1918 und die folgende Entwicklung der Sowjetschule, auf die sich die deutschen Kommunisten immer wieder bezogen, eindeutig demonstriert wird — eine gleiche grundlegende Allgemeinbildung für alle Kinder des Volkes in gemeinsamen Schulen, bevor eine Aufspaltung in verschiedene Einrichtungen der Berufsausbildung bzw. berufsbezogene Allgemeinbildung erfolgt. Damit beinhaltet sie zugleich nach einem Ausspruch Clara Zetkins das Bestreben,

„das Durchschnittsniveau der Kinder des Volkes auf eine weit höhere Stufe des Erblübens und der Leistungsfähigkeit zu heben“.

An diesen beiden Grundgedanken des proletarischen Schulprogramms aus der Zeit vor 1933 hat unsere Partei seit Beginn der demokratischen Schulreform festgehalten.

Anders die bürgerlich-reformistische Einheitschulbewegung. Ihre Losung lautete nicht: allseitige Bildung aller, sondern:

„Freie Bahn dem Tüchtigen, d. h. dem, der intellektuell, sittlich, nach der Seite des Gefühls oder der Technik etwas Überdurchschnittliches zu leisten vermag.“

Ihr im Gegensatz zur marxistischen Auffassung individualistischer und bloß formal demokratischer Standpunkt wird aus den folgenden Worten deutlich:

„Im Volke herrscht vielfach die Ansicht, daß die Einheitschule für alle Kinder das Recht auf gleiche Bildung bringen soll. Das ist aber keineswegs die Ansicht der einsichtsvollen Vertreter der Einheitschule. Sie fordern nur gleiches Recht auf Bildung für alle, oder mit anderen Worten: Jeder soll das Recht auf gleiche Bildung haben. Es wäre... verwerflich, wenn das Gleichheitsprinzip wegen der einen, die Begabten, künstlich zurückgehalten und die anderen, die Unbefähigten, künstlich auf eine gewisse Bildungshöhe heraufgetrieben werden sollten.“

*

Wir sind der Meinung, daß die erwähnten Artikel aus der Zeitschrift „Pädagogik“ objektiv gesehen unser pädagogisches Denken und unsere Schulwirklichkeit auf den bürgerlich-reformistischen Standpunkt abzurängen suchen, wenn das auch nicht die Absicht ihrer Verfasser sein mag. Wir können sie daher nicht anders als revisionistisch bezeichnen, so sehr sich einzelne Verfasser im voraus dagegen verwahren.

Die Grundorganisation des Instituts für Pädagogik steht vor der Aufgabe, alle ihre Mitglieder und darüber hinaus die parteilosen Wissenschaftler des Instituts gegen das Eindringen des Revisionismus in die pädagogische Wissenschaft mobil zu machen. Ihre nächste Mitgliederversammlung bietet hierzu die beste Gelegenheit.

1) „Das proletarische Kind“, 1. Jg. (1923), Nr. 1, S. 2.

2) A. Buchenau: Die Einheitschule, Leipzig-Berlin 1919, S. 2.

3) E. Fock: Die Einheitschule-Bewegung, Berlin 1919, S. 14.



Auf „Michail Lomonossow“ in den Nordatlantik

Eine der Hauptaufgaben bei der Durchführung des Internationalen Geophysikalischen Jahres 1957/58 ist die systematische Erforschung der Meere, insbesondere der großen Ozeane. In diesem Programm führt das sowjetische Forschungsschiff „Michail Lomonossow“ in der Zeit von Ende Oktober bis Mitte Dezember dieses Jahres seine erste Nordatlantik-Expedition durch, der sich im nächsten Jahr zwei weitere Fahrten von je vier Monaten Dauer anschließen werden.

Durch eine Vereinbarung zwischen den Nationalkomitees für die Durchführung des IGY der Sowjetunion und der DDR ist es ermöglicht worden, daß an jeder der drei Reisen eine Gruppe deutscher Wissenschaftler teilnehmen kann. Besonders erfreulich ist, daß zu den Teilnehmern der jetzt beginnenden Expedition auch zwei Wissenschaftler des Geophysikalischen Instituts unserer Universität gehören, nämlich Herr Dr. habil. K. Bruns, Dozent für Meereskunde, und der Verfasser als wissenschaftlicher Assistent.

Das größte seiner Art

Man geht wohl nicht fehl, wenn man die in der vollstehenden Neptunwerft Rosock erbauten „Michail Lomonossow“ als das gegenwärtig größte Spezialschiff dieser Art der Welt bezeichnet. Für 68 Wissenschaftler und Techniker stehen sechzehn Labors zur Verfügung, in denen ozeanologische, geologische, biologische, meteorologische und andere Messungen und Untersuchungen durchgeführt werden können. Für den Fachmann besonders sehenswert ist die große Tiefseeankerwinde, die dem Schiff gestattet, in beliebige großen Tiefen (bis 10 000 Meter) vor Anker zu gehen. Das Schiff, das im beladenen Zustand eine Wasserverdrängung von 5900 Tonnen hat, besitzt einen Aktionsradius von 11 000 Seemeilen und kann einschließlich einer Gesamtmeilzeit von 30 Tagen

jeweils 63 Tage auf See bleiben, ohne seine Treibstoff-, Wasser- oder Lebensmittelvorräte in einem Hafen ergänzen zu müssen.

Umfangreiches Forschungsprogramm

Auf den Expeditionen steht die Lösung meereskundlicher Probleme im Vordergrund. Die physikalischen Eigenschaften der Wassermassen werden bis in die größten Tiefen durch genaue Temperaturmessungen und Entnahme von Wasserproben für die chemischen Bestimmungen an einer großen Zahl von Meßpunkten im Nordatlantik erfaßt. Messungen der Meeresströmungen an der Oberfläche und in der Tiefe werden ebenfalls nach einem international abgestimmten Programm durchgeführt. Ferner seien noch die geologischen Untersuchungen des Meeresbodens, die mit Hilfe von Spezialgeräten möglich sind, und die umfangreichen meeresbiologischen Forschungen erwähnt. Auch die Meteorologie ist mit einem speziellen Forschungsprogramm auf diesen Expeditionen vertreten.

Aufgaben der deutschen Gruppe

Die deutsche Gruppe auf der „Lomonossow“ hat ein eigenes Programm, das Forschungen auf dem Gebiet der Meereskunde und der Meteorologie umfaßt. Bei der Meereskunde ist das Hauptaugenmerk auf die Erforschung der obersten 500 Meter des Nordatlantik mit Hilfe einiger neuentwickelter ozeanologischer Geräte gerichtet. Ferner werden Wellenmessungen durchgeführt. Meteorologen werden sich in erster Linie mit luftelektrischen Forschungen, Strahlungsmessungen und anderen befassen.

Für uns als Angehörige der Karl-Marx-Universität ist die Teilnahme an einer derartigen Expedition für die weitere Lehr- und Forschungstätigkeit ganz besonders wichtig. Ist uns damit doch die einmalige Gelegenheit geboten, mit führenden sowjetischen Fachwissenschaftlern direkt zusammenzuarbeiten und dabei die neuesten Geräte und Arbeitsmethoden für die meereskundliche Forschung kennenzulernen und selbst anzuwenden. Dipl.-Met. Peter Hupfer



Erfolgreiche Konferenz des FMI-Studentenzirkels

Die zwölf Genossen und Genossinnen des Wissenschaftlichen Studentenzirkels am Franz-Mehring-Institut legten am 1. und 2. November eine Prüfung besonderer Art ab. Das Ergebnis der Arbeit eines reichlichen Jahres wurde in einer wissenschaftlichen Studentenkonzferenz den vielen Gästen und Studenten des Instituts unterbreitet, die nun über die Tätigkeit des Studentenzirkels urteilen sollten. Um es vorwegzunehmen: Diese erste Studentenkonzferenz wurde ein Erfolg für alle Beteiligten.

Das vierstündige Referat „Die ideologische und ökonomische Lage der westdeutschen Arbeiterjugend und ihr Kampf gegen Militarismus und Atomkriegsgefahr“ umfaßte eine Analyse der Lage der westdeutschen Arbeiterjugend. Es wurde nachgewiesen, wie die westdeutsche Jugend unter der Herrschaft der Monopole politisch mißbraucht wird, wie man versucht, ihr durch die bürgerliche Propagandamaschine das Klassengefühl zu rauben. Nach der Untersuchung der ökonomischen Lage der Arbeiterjugend und ihrer gesellschaftlichen Stellung wurde eine Einschätzung der Arbeiterjugendorganisationsformen vorgenommen.

Die PDJ als konsequenteste Vertreterin der Interessen der Jugend ist verfassungswidrig verboten. In den legalen Organisationen ist zwar noch ein großer Einfluß der rechten SPD-Führer vorhanden, aber neue Kräfte wachsen heran, besonders bei den „Naturfreunden“ und „Falken“, die mit dem reformistischen Gedankens brechen wollen und dies im praktischen täglichen Kampf, wie in der Vorbereitung der diesjährigen Bundestagswahlen, beweisen.

Am Schluß des Referats wurden die Möglichkeiten für die Herstellung der Aktionsseinheit der Arbeiterjugend untersucht und dabei die „Antimilitaristische Aktion 1957“, der verschiedenen Arbeiterjugendorganisationsformen angehören, als eine höhere Form der Aktionsgemeinschaft eingeschätzt. Das Referat legte eindeutig dar, daß die Perspektive der ganzen deutschen Jugend nur der Sozialismus sein kann, weil nur hier die wirklichen Interessen

und Wünsche der Jugend voll erfüllt werden können.

In der am anderen Tag durchgeführten Diskussion wurden wertvolle Ergänzungen zum Referat gebracht. So legte z. B. Genosse Peitsch vom Deutschen Wirtschaftsinstitut neues Material zur ökonomischen Lage der Lehrlinge und Jungarbeiter vor. Genosse Böhner vom Zentralrat der FDJ setzte sich besonders mit der Rolle des Antikommunismus als gegenwärtige „amtliche Staatsreligion“ auseinander, dessen Behandlung im Referat nicht genügend gewürdigt wurde. Herzlich begrüßten die Konferenzteilnehmer die Worte des Arbeitervereiner Genossen Wozok und der Vertreter der Arbeiterjugend Leipziger Betriebe, die die enge Verbundenheit der Arbeiterklasse mit den Studenten zum Ausdruck brachten.

Insgesamt gesehen, hat sich die Diskussion nur zaghaft mit den Einschätzungen, die im Referat vorgenommen wurden, auseinandergesetzt. Wir Zirkelteilnehmer hätten uns noch viel mehr Meinungsstreit gewünscht als nur kritische Hinweise. Künftige Konferenzen müssen sich nun — nachdem die Gesamtproblematik aufgeworfen ist — bestimmten Einzelfragen zuwenden. So sollte sich die Zirkelarbeit mehr auf die Lage der Jugend in den Großbetrieben konzentrieren und bei Untersuchungen über den Rahmen der organisierten Arbeiterjugend, die nur etwa 12 bis 13 Prozent ausmacht, hinausgehen.

Der Erfolg der Konferenz liegt, nach den Worten des Genossen Rudolf vom Staatssekretariat darin, daß der Rahmen allgemeiner programmatischer Forderungen durchbrochen und eine wirkliche Tat im Sinne des FDJ-Hochschulprogramms und der gesamtdeutschen Arbeit geleistet wurde. Die Ergebnisse der Konferenz werden nicht bruchliegen, sondern für die Vorbereitung der Gesamtdeutschen Arbeiterjugendkonferenz Ostern 1958 und der Weltarbeiterjugendkonferenzen dienen. Zu diesem Zweck bereiten wir uns schon heute im Zirkel auf die Überarbeitung unseres Materials vor, damit es als Broschüre veröffentlicht werden kann. Gleichzeitig hat

der Zirkel eine Reihe Einladungen aus Betrieben, der FDJ und der Gewerkschaft erhalten, um in Vorträgen über die Lage der westdeutschen Arbeiterjugend zu sprechen.

Auf der Konferenz war auch eine Ausstellung des Studentenzirkels zu sehen, die im Original der Universität Kiew als Geschenk während des Moskauer Festivals überreicht wurde. Von dieser Ausstellung werden noch verschiedene Duplikate angefertigt, da sich bereits Interessenten bei uns meldeten. Vom 15. Dezember 1957 bis zum 31. Januar 1958 wird sie in der Deutschen Bücherei in erweitertem Umfang gezeigt.

Die Eintragung unseres Studentenzirkels in das Ehrenbuch der FDJ-Betriebsleitung verpflichtet uns, noch sorgfältiger unsere Arbeit weiterzuführen. Gerhard Schmiedel

Kurznotiert

Dr. Hajek, Fachassistent am Katheder für Anorganische Chemie an der Karls-Universität, Prag, wollte Anfang November für zwei Tage am Institut für Anorganische Chemie unserer Universität.

Dr. Vahalla und Dr. Horecky, CSR, werden im November an der Journalistischen Fakultät einen achtstägigen Studienaufenthalt verbringen.

Frau Prof. Dr. Ingrid Häß sprach am 3. 11. im Hörsaal 49 der Alten Universität über „Handel und Wirtschaft des Byzantinischen Reiches als Phänomen einer alten Hochkultur an der Schwelle des Mittelalters“.

Dozent Dr. Nadoiski aus Leds sprach am 13. November im Institut für Vor- und Frühgeschichte zum Thema „Neue archäologische Forschungen über das frühe Mittelalter in Zentralpolen“.

Herr Dr. Walter Langhammer hielt am 22. November, 19.30 Uhr, im Hörsaal 49 der Alten Universität einen Vortrag über die Frühgeschichte des Geldes.